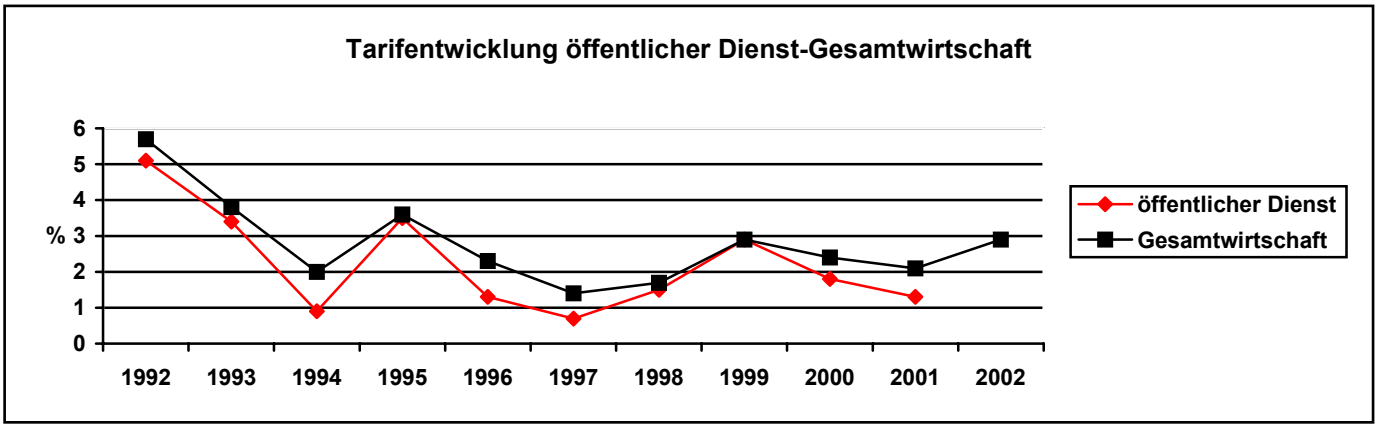
Öffnungsklausel
- Bundesländer starten Aktion „Sparschwein“

„Am öffentlichen Dienst muss endlich gespart werden!“ - endlich???

Tatsache ist: Am öffentlichen Dienst wird schon lange gespart!

In den vergangenen zehn Jahren ist die Einkommensentwicklung der Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden nahezu durchgängig hinter dem Lohn- und Gehaltszuwachs aller Beschäftigten zurückgeblieben. Das sieht ganz harmlos aus – wenn man nicht bedenkt, dass sich die Effekte verstärken.



Geringere Erhöhungen bereits geringerer Gehälter führen zu deutlich geringeren Zuwächsen und lassen den öffentlichen Dienst immer stärker hinter der Gesamtwirtschaft zurückfallen

Berechnungen auf der Grundlage der Tarifentwicklung ergeben:
Seit 1991 sind die Gehälter im Öffentlichen Dienst um über 7 % hinter denen der privaten Wirtschaft zurückgeblieben!
Im öffentlichen Dienst konnten in diesem Zeitraum gerade einmal die Kaufkraftverluste ausgeglichen werden.

Beamtinnen und Beamte hatten zusätzliche Einkommenseinbußen:

- die Besoldungsanpassungen erfolgten für die Beamtinnen und Beamte in der Regel verspätet.
- durch die Einführung der „Leistungsstufen“ sparte der Staat seit 1997 Milliardenbeträge.

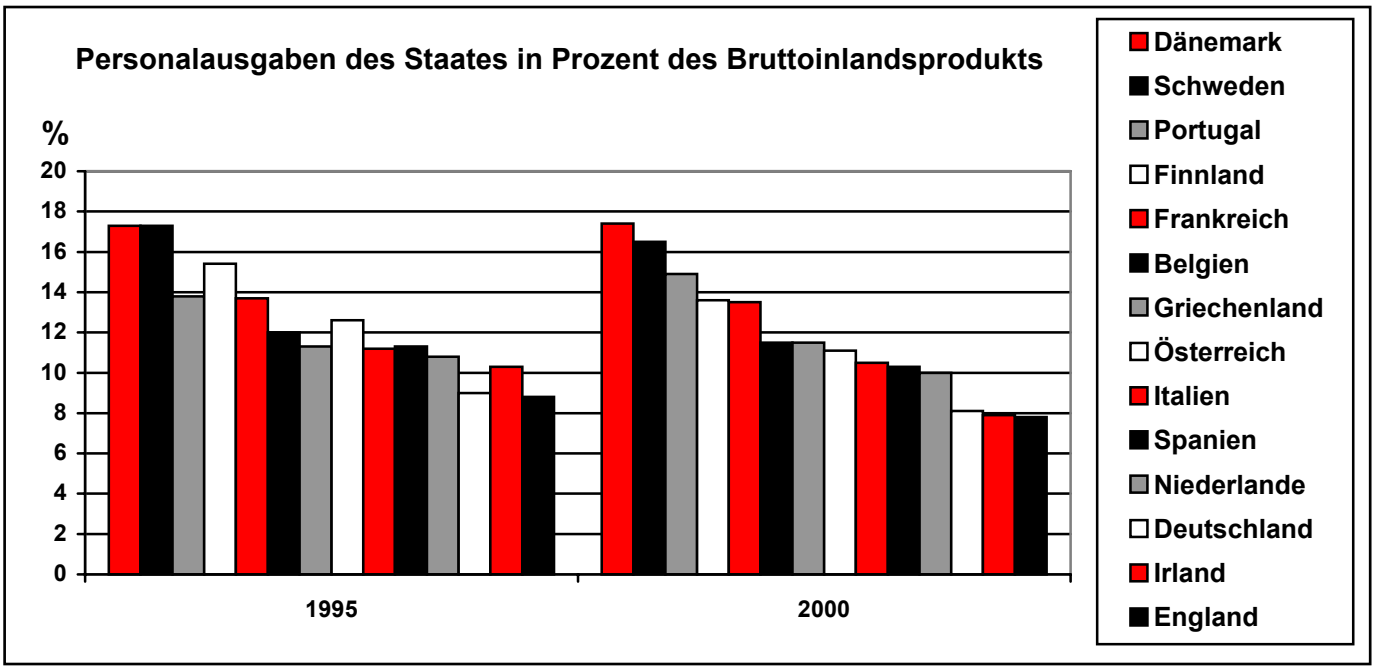
Die geplante Öffnungsklausel würde die Beamtinnen und Beamten der Länder völlig von der Einkommensentwicklung in der privaten Wirtschaft abkoppeln.

Bitte wenden!!! ➲➲

Trotzdem – die Personalkosten fressen die Länderhaushalte auf – oder???

Tatsache ist: Die Personalkosten des öffentlichen Dienstes sind niedriger als in fast allen anderen europäischen Ländern![1]

Nur Irland und England haben geringere Personalausgaben als Deutschland, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Deutschland hat die Personalausgaben von 1995 bis 2000 von 9,0



auf 8,1 %, also um fast 10 %, gesenkt. 20 % aller Stellen gingen in den letzten 10 Jahren im öffentlichen Dienst verloren.

Die Gründe für die finanziellen Probleme scheinen an anderer Stelle zu liegen!

- **Unterstützt die Resolution und die Unterschriftensammlung** (GEW-Vertrauensleute und -Personalräte ansprechen)
- **Laßt euch informieren** (Referenten oder Foliensätze anfordern)
- **Achtet auf die Informationen über Alternativen zur derzeitigen Politik** (die gibt es nämlich) **und die nächsten Schritte**

Kontakt: Heinz Bayer, Tel.: 06181-81302, eMail: Bayer-Hanau@t-online.de, GEW Hanau
Ingrid Engelbart, Tel.: 06058-1460, eMail: IEngelbart@web.de, GEW Gelnhausen
Frank-Ullrich Michael, Tel.: 06664-919491, eMail: FUMichael@t-online.de, GEW Schlüchtern
Michael Köditz, Tel.: 069-40807840, eMail: m.koeditz@gew-offenbach.de, GEW Offenbach-Stadt
Manfred Tybussek, Tel.: 06108-69930, GEW Offenbach-Land

[1] Daten der Grafik: EU-Kommission entnommen Institut der deutschen Wirtschaft Köln, © 48/2001 Deutscher Instituts-Verlag

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverbände Hanau, Gelnhausen, Schlüchtern und Offenbach
V.i.S.d.P.: GEW Kreisverband Hanau, DGB-Freiheitsplatz 6, 63450 Hanau